Abrechnung mit Verbotsterror und SPD-Mordhetze

Rede des Genossen Selbmann in Leipzig

Leipzig, 21. August. (Eig. Drahtmeldung.)

Heute abend fand in Leipzig in Möcksches Festsälen eine überfüllte **öffentliche Versammlung der KPD** statt. Der Führer der sächsischen Kommunisten, Gen. Fritz Selbmann, sprach über „Roten Volksentscheid und politischen Meuchelmord?" Einleitend prangerte der Genosse Selbmann die niederträchtige Mordhetze des berüchtigten Provokateurs und Seifen-Künstlers an, der am Tage vorher in einer öffentlichen Versammlung der Leipziger SPD **„die KPD als eine Partei von organisierten Verbrechern"** zu beschimpfen sich erfrechte. Gen. Selbmann entlarvte an Hand einer Reihe von Pressezitaten aus der SPD- und Nazi-Presse die gemeinsame Mord- und Verbotshetze gegen die KPD. Dieselbe Hetze machte der Vorwärts, bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der Konterrevolution erschlagen wurden. Die SPD-Führer waten in einem Meer von Arbeiterblut. Gen. Selbmann erklärt weiter: Wir nutzen jeden Fußbreit legaler Möglichkeit aus; aber wir fürchten auch keineswegs die Illegalität. Bei dem roten Volksentscheid haben wir außerparlamentarisch die Werktätigen mobilisiert und auch besonders hier in Sachsen die „linken" sozialfaschistischen Führer entlarvt, die die Brüning-Politik der Severing-Regierung decken. Die SPD-Führer brauchen Leichen und provozierten die Ermordung des Arbeiters Markus. Die Sauze und Vipinski wollen eine Kluft schaffen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern. Wir wollen die rote Einheitsfront zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland! (Stürmischer Beifall.)

Nach einigen Augenzeugenberichten über den Fall Markus wurde die Versammlung, die eine gründliche Abrechnung mit dem faschistischen Regime in Deutschland und den Sozialfaschisten, den Lipinski, Wels und Co. war, mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen.

Erntestreik in Schleswig-Holstein

Hamburg, 21 August. (Eig. Meldung.)

Im östlichen Schleswig-Holstein sind große Erntestreiks ausgebrochen. Die Landarbeiter kämpfen gegen eine Lohnkürzung. Sie verlangen die Bezahlung der Löhne des vergangenen Jahres. Wie die bürgerliche Presse meldet, kam es bereits an verschiedenen Orten zu Zusammenstößen. In einigen Bezirken haben, wie die Vossische Zeitung berichtet, sich die Gutsbesitzer organisiert und sogenannte „Wachtgruppen" gebildet. Außerdem sind bereits mehrere Verhaftungen von streikenden Landarbeitern vorgenommen worden. Bei den „Wachtgruppen", die von den Großagrariern gebildet wurden, handelt es sich um eine **Horde von bewaffneten Streikbrechern, Gutsbesitzern, Stahlhelmern und Nazis.**

Textiler rüsten zum Streik!

Leipzig, 22. August 1931 (Eig. Meldung)

In der Leipziger Wollkämmerei fanden gestern 3 stark besuchte Belegschaftsversammlungen statt, die einstimmig beschlossen, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden ohne Lohnausgleich abzulehnen. Die Arbeiter wählten einen vorbereitenden Kampfausschuß, und werden jede Lohnkürzung mit dem sofortigen Streik beantworten.

*

In Plauen sind 800 Mieter gegen den Mietwucher in den Streik getreten.

Preußen-Regierung für Verstärkung der faschistischen Staatsgewalt

Minister Höpker-Aschoff verlangt Reichsreform durch Notverordnung

Berlin, 21. August. (Eigener Bericht.) **Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff schreibt im neuesten Heft des „Deutschen Volkswirt" zur Frage der Reichsreform und fordert diese Reichsreform auf dem Wege der Notverordnung. Im einzelnen verlangt er, daß der preußische Innenminister zugleich Reichsinnenminister wird, daß der Reichsjustizminister zugleich die preußische Justizverwaltung übernimmt und daß die ganze preußische Steuerverwaltung an das Reich übergeht. Ferner verlangt Höpker-Aschoff, daß der preußische Ministerpräsident die Stelle eines Reichskanzlers einnehmen soll.**

Diese Pläne Höpker-Aschoffs stellen im Grunde nichts anderes dar als eine Erfüllung der Forderungen, die seit Jahren vom Stahlhelm und den anderen faschistischen Verbänden aufgestellt wurden. Sie laufen hinaus auf die Konzentrierung der faschistischen Staatsgewalt in der Hand der Brüningdiktatur.

Die Arbeitermassen sehen auch an diesem Beispiel die Rolle der sozialdemokratischen Preußenregierung, die Rolle der Braun und Severing als die direkten Vollstrecker der Pläne des Großkapitals und seiner faschistischen Trabanten. Die sozialdemokratischen Führer, die ihren Anhängern den Ausgang des Volksentscheids als einen Sieg bezeichneten, sind jetzt im Begriff, in der Fortsetzung ihrer bisherigen Politik die Staatsgewalt in noch stärkerem Maße zu faschisieren. Die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter empfinden schon jetzt, daß der KPD-Hetze ihrer Führer, daß die Kommunisten recht haben, wenn sie die Preußenregierung als die stärkste Stütze der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur kennzeichnen.

Severing: Septembergehalt auf Stotteru

Der preußische Finanzminister hat nach Mitteilung der „Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz" soeben durch einen Erlaß bestimmt, daß die **erste Rate** der Dienst- und Versorgungsbezüge für den Monat September, soweit sie in bar zu leisten ist, am 31. August ausgezahlt wird; Ueberweisungen an den Empfänger dürfen nicht vor dem 29. August erfolgen. Wegen der Auszahlung der zweiten Septemberrate ergeht besonderer Erlaß.

Mussolinis Ausrottungsfeldzug in Lybien

Von der italienischen Grenze, 20. August 1931

Die faschistische Regierung Mussolinis hat in der letzten Zeit den Druck auf die entrechtete verfolgte Bevölkerung Lybiens um ein mehrfaches gesteigert. Selbst das faschistische Organ „Stampa" in Turin schreibt darüber: „Zahlreiche Karawanen der tausende und abertausende Greise, Kinder, Männer und Frauen ziehen von unseren Leuten geführt, von unserer Armee umgeben, in das Konzentrationsgebiet ein, wo sie unter der schärfsten Disziplin überwacht und, wenn man sich so ausdrücken darf, von Stunde zu Stunde kontrolliert werden."

Trübe Perspektive für den ADGB

Mitgliederverluste / Finanzielle Pleite / Linksmarsch der organisierten Arbeitermitglieder

Das Berliner Tageblatt von heute (22. August) macht im Hinblick auf den ADGB-Kongreß interessante Mitteilungen über die Lage in den reformistischen Gewerkschaften, die um so bedeutungsvoller sind, als das Blatt in den besten Beziehungen zur ADGB-Führung steht.

Ueber die Mitgliederverluste berichtet das BT:

„Den **größten Mitgliederverlust** verzeichneten im vergangenen **Jahr die freien Gewerkschaften.** Die Mitgliederzahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände betrug Ende 1930: 4 717 569 gegen 4 948 209 Ende 1929. **Der Rückgang stellte sich demnach auf 4,7 Prozent.** Zu beachten ist, daß der Mitgliederbestand **des** größten Verbandes, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im ganzen um 2,5 Prozent zurückgegangen ist. ... Die christlichen Arbeitergewerkschaften verzeichneten im Gesamtverband Ende 1930 eine Mitgliederzahl von 778 863 gegen 792 827, demnach einen Verlust von im ganzen 1,7 Prozent. Dieser Rückgang um 13 964 ist dazu fast ausschließlich auf den Rückgang der weiblichen Mitglieder, mit 12 911, zurückzuführen. ... Der ADGB schließt den Finanzbericht für 1930 mit einem Defizit von 2,6 Millionen Mark, gegen einem Einnahmeüberschuß von annähernd 50 Millionen im Vorjahre."

Sicherlich beschönigt das Berliner Tageblatt noch die Dinge und der Rückgang ist wohl ein wenig stärker.

Das Blatt stellt dann fest, daß nach dem Finanzbericht des ADGB im Jahre 1930 „die Ausgaben für Arbeitskämpfe von 13,3 auf 9,9 Millionen weiter gesunken sind", und deutet an, daß der ADGB die kleinen finanziellen „Vorteile" (Unterstützungen usw.) weiter herabsetzen wird, obwohl dadurch die letzte Basis, die die meisten Mitglieder beim ADGB hält zerrissen wird.

Das Berliner Tageblatt schreibt schließlich:

„So eröffnen sich für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung **sehr trübe Perspektiven.** Die Radikalisierung der **Massen droht stärkere Wirkungen auf die Gewerkschaften zu erzeugen als in früheren Zeiten.** Es war schon nach Erlaß der Notverordnung vom 5. Juni und zur Zeit der Verhandlungen um die Reichstagseinberufung zu bemerken, daß die Oppositionsbewegung innerhalb der freien Gewerkschaften, auch in ihren Spitzen (!) stärkere Ausdehnung und praktischer Form bekommt als in der Sozialdemokratischen Partei."

Natürlich werden nicht die Spitzen, die „linken" Verbandsbonzen radikaler. Die heucheln nur unter „radikalen" Phrasen, um die wirkliche Opposition der proletarischen Gewerkschaftsmitglieder aufzufangen und bei der reformistischen Stange zu halten.

Die Opposition der Arbeiter im ADGB wächst stark und wird jetzt in noch schärferem Tempo weiter wachsen. Diese Tatsache unterstreicht die Mahnung der Roten Gewerkschafts-Internationale, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition unbedingt entschiedener und systematischer auch in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten muß, um die organisierten Arbeiter im Kampfe gegen die rechten und „linken" reformistischen Bonzen für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik und für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen.

*

Verschärfte sorgfältige revolutionäre Arbeit in den reformistischen Verbänden und Ausbau der RGO, das ist das Gebot der Situation. Die Möglichkeiten und Aussichten sind, wie ja gar aus der obigen Darstellung des Berliner Tageblatts hervorgeht, für die rote Front glänzend.

Millionär kauft sich vom Zuchthaus frei

Ungeheurer Justizskandal im Hamburg des Koalitions-Senats (8 SPD)

Durch die Enthüllungen unseres Bruderorgans, der Hamburger Volkszeitung, ist ein ungeheuerlicher Justizskandal ans Tageslicht gekommen. Ein Millionär Vicenz vermochte sich mit 20 000 Mark von einer mehrjährigen Zuchthausstrafe wegen fortgesetzter scheußlicher Vergehen an seiner minderjährigen Stieftochter loszukaufen. Dieser Wüstling soll jetzt in Nizza sein. Der Hamburger Senat, der diesen Burschen freiließ, setzt sich zusammen aus 8 Sozialdemokraten und 8 Bürgerlichen.

*

Die SPD versucht es jetzt so darzustellen, als ob der Senator Noldeke allein die Verantwortung trüge. Das ist verständlich, wenn man weiß, daß am 27. September die Bürgerschaftswahlen stattfinden und der werktätigen Einwohner Hamburgs sich ein **ungeheurer Empörungssturm** bemächtigt. Arbeiter, die um ihre Existenz kämpfen, werden jahrelang in die Kerker geworfen, und Kapitalisten, die schändliche Verbrechen begehen, **kaufen sich frei.**

Der Senat hat zur Beruhigung der Massen einen „Sonderbeschluß" gefaßt, wonach einige Senatoren am 15. September abgebaut werden sollen. Gestern meldet die Volkszeitung, die SPD-Senatoren Stuppe und Perner wären „freiwillig" zurückgetreten. Herr **Stuppe aber erhält „nur"** eine Pension von **17 bis 18 000 Mark.** So sieht die „Opferbereitschaft" der SPD-Führer in Wirklichkeit aus.

Neue Terrorurteile gegen Kommunisten

„Die Kommunistische Partei hebt kühner denn je ihr Haupt. Aus diesem Grunde müssen wir abschreckende Urteile fällen!"

Leipzig, 21. August. (Eig. Bericht.)

Mit den oben angeführten Worten begründete der Vertreter des Oberreichsanwalts vor dem 4. Strafsenat die Strafanträge gegen 6 bayrische Genossen. Den Genossen wird in der Anklageschrift vorgeworfen, sie hätten ein Waffenlager der Faschisten ausgehoben. 4 Maschinengewehre wurden gefunden, die übrigen 6 Maschinengewehre und Zubehörteile sind bis jetzt noch nicht gefunden; obwohl die Angeklagten die Behauptung aufstellten (die vom Reichsanwalt nicht widerlegt werden konnte), daß sie diese Maschinengewehre in den Inn geworfen hätten, stellte die Oberreichsanwaltschaft folgende ungeheure Strafanträge gegen die Angeklagten: Kopp und Strasser je 5 Jahre Gefängnis, gegen Valk und Schuster je 3 Jahre Gefängnis, gegen Fries 2½ Jahre Festung und gegen Zeitelhofer 3 Jahre Festung. In der Verhandlung selbst kamen sehr eigentümliche Dinge zum Ausdruck, die schlaglichtartig die Verhältnisse im faschistischen Bayern beleuchten und selbst, nach Ansicht der bürgerlichen Presse, Deckung durch das höchste deutsche Gericht erfahren. Der Untersuchungsrichter aus Bayern bekannte, als ihm die Angeklagten vorwarfen, daß ein nationalsozialistischer Stadtrat in Rosenheim Maschinengewehre, Munition und Gewehre in seinem Besitz hatte und nicht zur Rechenschaft gezogen wurde: „Es gibt ja überall Waffenlager!" Darauf sprang der Oberreichsanwalt ein und verbat sich, daß weitere Ausführungen über die Dinge gemacht werden. Weiter steht fest, daß derjenige, bei dem die Waffen gelegen hätten, bis heute noch nicht unter Anklage gestellt ist.

Am Freitag mittag wurde das Urteil gefällt, und zwar erhielt der **Genosse Kopp 3 Jahre Gefängnis, Strasser zwei einhalb Jahre Gefängnis, Valk 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Schuster 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Fries 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Zeitelhofer 2 Jahre 6 Monate Festung.**

Der 4. Strafsenat begründete das Urteil, daß die Kommunisten sich dreister als zuvor Waffen beschafften und illegale Waffenlager anlegen, um sie im gegebenen Moment politisch gegen den Staat anzuwenden. Er hob insbesondere die Intelligenz der Angeklagten hervor und betonte, daß das Gericht nicht glaube, daß die Waffen vernichtet wären, zumal sich der Angeklagte Kopp dahingehend ausgelassen habe, er wisse, daß die Waffen gut verpackt aufbewahrt würden. Er würde aber nicht verraten und wenn man ihm das Doppelte als Strafe aufzwingen würde.

Bei sämtlichen Angeklagten war eine glänzende Kampfstimmung, trotz der harten Urteile zu verspüren. Sie verabschiedeten **sich von den Zuhörern im Gerichtssaal mit „Rot Front Genossen! Es geht in Bayern vorwärts, trotz alledem, trotz alledem!"**

Sieg der Roten Armee in China

Schanghai, 21. August 1931

Der neue Feldzug der Nanking-Truppen gegen die Roten Armeen bleibt erfolglos. Die roten Truppen, die keine Verluste erleiden und ihre Streitkräfte stetig vermehren, haben erhebliche Waffenmengen erbeutet. Rote Armeen drangen in den Norden der Provinz Fukien und in die Provinz Tschekiang ein. Kommunistische Truppen Tschudes und Maotschedungs besetzten Tsianning im westlichen Teile der Provinz Fukien.

Siegreicher Tischler-Streik in Lyon

Die Arbeiter einer großen Möbelfabrik in Lyon haben sich durch einen 24stündigen Streik eine 10prozentige Lohnerhöhung erkämpft. Die Arbeiter, die bisher unorganisiert waren, traten nach dem Streik geschlossen dem revolutionären Verband der CGTU bei, der den Streik organisiert und geführt hatte. Der Streik erfolgte als Antwort der Arbeiter auf den Versuch des Unternehmers, einen 25prozentigen Lohnabbau durchzuführen.

*

Gestern sind 2000 Eisengießer in Barcelona wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Die Welt-Kohlenkrise

Berlin, den 21. August 1931.

Der Jahresbericht des Reichskohlenverbandes gibt wichtige Zahlen für das Ausmaß der Weltkohlenkrise. Insgesamt zeigte das Jahr 1930 einen Rückgang der Produktion um 9,1 Prozent auf 1,2 Milliarden Tonnen. Das ist sogar noch um 15 Millionen Tonnen weniger als die Produktion von 1913.

In USA sank die Steinkohlenförderung um 12,7 Proz. auf 479,0 Millionen Tonnen, in Europa dagegen nur um 6,1 Proz. auf 599,1 Millionen Tonnen. Für die einzelnen europäischen Länder ergibt sich ein Rückgang für England um 5,5 Prozent, Deutschland um 12,7 Proz., Polen um 15,7 Proz., Tschechoslowakei um 13 Prozent; dagegen war eine Zunahme zu verzeichnen bei der Sowjetunion um 16,7 Prozent, Holland um 5,5 Prozent, Belgien 1,7 Prozent, Frankreich 0,8 Prozent.

Der scharfe Rückgang der deutschen Kohlenproduktion erklärt sich aus der schweren deutschen Krise. Die Industrie hat ihren Verbrauch im Verhältnis zu 1929 bei Steinkohlen um ein Fünftel, bei Braunkohlen um ein Viertel eingeschränkt. Der Auslandsabsatz der deutschen Kohle sank gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent.

Die Vorräte an Ruhrkohle (auf den Halden, Synthetikwerken, Lagern usw.) beliefen sich Ende Juli auf 10,66 Millionen Tonnen. Die Zahl der Feierschichten war 833 000, oder auf den Kopf der Gesamtbelegschaft 3,80.

Die Schrumpfung des Welthandels

London, den 21. August 1931

Das englische Board of Trade veröffentlicht eine Statistik des Außenhandels, welche sehr aufschlußreich ist für die Schärfe der Weltkrise. Danach war die Einfuhr im ersten Vierteljahr 1931 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 zurückgegangen bei England um 30,2 Prozent, bei USA um 49,4 Prozent, Frankreich um 22,5 Prozent, Deutschland 42,8 Prozent; die Ausfuhr war zurückgegangen bei USA um 50,1 Prozent, England um [illegible] Prozent, Frankreich 29,5 Prozent und Deutschland 26,7 Prozent.